

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, D. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingstraße 14, Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Preisuntergrenze 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 73.

Dresden, Dienstag den 1. April 1913.

24. Jahrg.

Das deutsche Luftflottenprogramm erregt in England lebhaftes Interesse.

Es verlautet, daß in Oesterreich für den Sommer eine neue Erhöhung der Heerespräsenz um 50 000 Mann geplant ist.

In der Flotten demonstration gegen Montenegro zeigt sich wieder einmal die mangelnde Einigkeit der Mächte.

Die Kollektivnote der Mächte, die die Friedensbedingungen enthält, ist der Porte überreicht worden.

Die militärische Raserei.

Drachensaat von Haß und Zwietracht.

Die Veröffentlichung der deutschen Militärvorlage und ihre Begründung hat genügt, der schon erlahmenden Agitation für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich erneute Schwungkraft zu geben. So hat der französische Kriegsminister Etienne am letzten Sonntag in Paris eine Rede gehalten, die offensichtlich dazu bestimmt war, den Eifer seiner Ministerkollegen für diese militärische Reform schärfer anzuspornen. Etienne erklärte bei einem Bankett der Kavallerieoffiziere in Paris, die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit sei für Frankreich eine unerlässliche Notwendigkeit. Er sagte u. a.:

Wir sind keine Maulhelden, und wir sind keine Angreifer. Seit 42 Jahren haben wir zur Erhaltung des Friedens beigetragen. Während die Mächte neben uns unaufhörlich ihre Mannschafte bestanden vermehrt haben, hat Frankreich jenes schöne soziale Gesetz gemacht, zu dem auch ich beigetragen habe: das Gesetz der zweijährigen Dienstzeit. Frankreich hat noch andere Beweise seines friedlichen Sinnes gegeben, und es trieb seine Friedfertigkeit beinahe bis zur Abstraktion. Anstatt sich anderen Mächten, die ihre Präsenzstärke zu vergrößern und massiven Anstrengungen hielten. Und was nun auf dem Spiele steht, das ist die Zukunft, die Ruhe und Leben Frankreichs. In der leidenschaftlichen Rede, die ich für mein Land halte, habe ich mich deshalb erhoben und zu meiner Regierung gesagt, sie müsse ein für die nationale Sicherheit notwendiges Gesetz bringen. ... Gambetta sagte auf seinem Sterbebette zu mir: „Dienen Sie Frankreich gut!“ Nun denn, ich habe Frankreich gut zu dienen verstanden, indem ich von ihm verlange, daß es sich vorbereite, seine Würde und seine Ehre zu verteidigen.“

Die beste Unterstützung finden die französischen Militärs von den Begrüßungen der deutschen Militär vorlage, die die „schnell bereitete Kampfesart“, die Absicht, den Kriegsgegner in erster Stunde mit plötzlichem Ueberfall niederzuschmettern, vor allem anderen betont.

Wird der Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen die Militärvorlage vergeblich, so wird voranschreitend der leidenschaftliche Widerstand der französischen Sozialdemokraten gegen die Dreijährigkeit ebenfalls vergeblich bleiben. Aber das französische Volk, das von den deutschen Treibern in die Knechtschaft des Militarismus noch tiefer hineingestoßen wird, wird kaum verzweifeln seine Faust gegen die deutsche Grenze schüttern. Kein Franzose wird es anders wissen, als daß Deutschland ihm für ein drittes Jahr den Tornister auf den Rücken zwängt.

So wird auf beiden Seiten die schnell bereitete Kampfesart erhöht, der Frieden auf des Messers Schneide gestellt, Haß und Zwietracht zwischen zwei große Völker getragen, die kein vernünftiges, kein lebendiges Interesse von einander trennt. Es ist ein wahnpolitisches Verbrechen an Europa, das da verübt wird. Solange auch nur die geringste Aussicht besteht, es zu verhindern, muß dagegen angekämpft werden mit allen verfügbaren Kräften, mit allen zulässigen und gebotenen Mitteln!

Deforgnisse in England wegen des deutschen Luftflottenprogramms.

London, 31. März.

Den tiefsten Eindruck in London machen die Summen, die für die Luftschiffahrt ausgegeben werden sollen. Die öffentliche Meinung in England sieht darin nur einen Gegenstand der Sorge für die Staaten des Kontinents, sondern auch für England. Die Times erklären, es müsse damit gerechnet werden, daß die ungeheure Vermehrung der deutschen Wehr demnächst Wirklichkeit werden wird. Allerdings halten die Times die Maßregeln an sich weder für provozierend noch für bedrohlich. Alle Nachbarn Deutschlands hätten aber nun die Pflicht besonderer Wachsamkeit. Sie müßten sofort alle Schritte tun, die für ihre eigene Sicherheit nötig seien. Für England von besonderem Interesse seien die für die Luftschiffahrt vorgeschlagenen Maßregeln, denn in der Denkschrift des deutschen Marineamts werde die neue Waffe wegen ihrer Angriffskraft zur See gerühmt. Man brauche keine alarmierende Sprache zu führen, aber es sei für England eine höchst ernstliche Lage, daß es selbst für die Luftschiffahrt so wenig tue, während die zweifelhafte Seemacht Resonanzstrahlungen mache.

Der Standard spricht von Deutschlands neuem Schicksal der absoluten Vorherrschaft. Die Nachricht, daß sechs- und siebenhundert Millionen Pfund Sterling für die Luftschiffahrt

ausgegeben werden, sollte den englischen Kriegsminister aufreizen. England sei damit direkt bedroht, denn das stehe vollkommen außer Verhältnis zu den rein militärischen Erfordernissen Deutschlands. England habe die ungeheuren Fortschritte der Zeppelins viel zu leichtsinnig behandelt. Schon jetzt bedeute die deutsche Luftschiffahrt eine ungeheure Macht, bald werde sie unüberwindlich sein. England müsse seine Leihargie abkürzen, wenn ihm ein schreckliches Erwachen erspart bleiben soll. Die anderen Mächte hätten jetzt nur zwei Wege vor sich. Entweder für immer untergeben oder die deutsche Herausforderung im Geiste Frankreichs und Russlands annehmen.

Der Daily Telegraph erklärt, es sei eine ganz neue Lage geschaffen. Wenn auch das deutsche Luftprogramm zunächst eher gegen Frankreich und Rußland gerichtet sei, so müsse England doch handeln, denn es habe überhaupt kein Luftprogramm. Das Blatt verlangt deshalb sofortige gründliche Reform des ganzen Luftdienstes. Die Daily Mail spricht von einer „deutschen Antwort auf den britischen Appell“ und hebt zwei Hauptpunkte hervor: Die ungeheure Entwicklung der Luftschiffahrt, die etwas mehr sei als eine bloße Drohung gegen die Mächte des Festlandes, und die Schnelligkeit, mit der die sonstigen militärischen Rüstungen ausgeführt werden sollen. England werde damit die Pistole auf die Brust gehalten. Auf der liberalen Seite sprechen die Daily News von der militärischen Verdrängung des Kontinents und trösten sich damit, daß England durch die Lage vor solcher militärischer Kalerei bewahrt bleibe. Die Daily Chronicle sieht die deutschen Luftrüstungen nicht als gar so gefährlich an. Die Summen verteilen sich ja auf mehrere Jahre. Die jährlichen Ausgaben seien nicht besonders sensationell. Hauptsächlich verfolge damit Deutschland sicher militärische, nicht maritime Zwecke. Die neuen Rüstungen der Luftschiffahrt seien gegen die französische Ueberlegenheit gerichtet. Im ganzen herrsche ein Gefühl des Unbehagens und der Sorge gegenüber der rapiden Entwicklung der militärischen Machtfaktoren auf dem Kontinent, die Englands Lage stark beeinflussen.

Neue Heeresvermehrung auch in Oesterreich.

Die Wiener Neue Freie Presse schreibt: „Schon vor einigen Wochen hat unser Budapest Korrespondent darauf hingewiesen, daß die Vermehrung der Friedensstände in Deutschland und deren Ursachen nicht ohne Rückwirkung auf die österreichisch-ungarische Monarchie bleiben werden.“

Aus dieser Mitteilung ging hervor, daß in militärischen Kreisen die Möglichkeit einer Vermehrung des Friedensstandes der Armee in Erwägung gezogen werden dürfte. Die Gerüchte haben sich mit auffallender Beharrlichkeit verbreitet und erhalten sich, ohne Rücksicht darauf, daß sie vorläufig an den politischen Stellen noch nicht bestätigt werden. Eine Vermehrung des Friedensstandes tritt ohnehin durch das Wehrgesetz ein, das auch finanziell eine bedeutende Wehrkraft mit sich bringt. Die Delegationen werden ferner die mit den kriegerischen Ereignissen verbundenen Ausgaben und die bereits angekündigten Mehrlasten für Armee und Flotte zu bedenken haben. Die Monarchie wird Verträge ausführen müssen, die bei dem jetzigen Stande des öffentlichen Kreditis drückend empfunden werden.

Eine weitere Vermehrung der Armee in einem Zeitpunkt, in dem das neue Wehrgesetz noch nicht durchgeführt ist und so große Forderungen an die Bevölkerung gestellt werden, würde nicht leicht durchzusetzen sein und auf starke Hindernisse stoßen.“

Anderer Wiener Blätter rechnen bereits mit Bestimmtheit darauf, daß dem Abgeordnetenhaus noch im Laufe des Sommers eine Regierungsvorlage zugehen wird, durch welche die Friedenspräsenzstärke der österreichischen Truppen jährlich um fünfzigtausend Mann erhöht wird. Dieser Plan würde eine weitere Erhöhung des österreichischen Truppenkontingents von 150 000 Mann auf rund 200 000 Mann darstellen, nachdem im Jahre 1912 die Friedenspräsenzstärke des Heeres erst 103 000 betrug.

Eine Verdunklung des Latbestandes!

Die Berliner Volkszeitung macht auf folgenden Latbestand aufmerksam:

Die Veröffentlichung des Satzes: „Die Friedenspräsenzstärke wird von 544 211 Gemeinen auf 661 176 Mann gebracht“ bedeutet eine bedenkliche Verdunklung des Latbestandes, der ausgeheilt und sichergestellt zu werden verdient. Die Zahl „544 211“ ist ein Täuschungsziffermann wird in den Glauben verlegt, daß die derzeitige Friedensstärke schon 544 211 Mann betrage. Das ist jedoch nicht der Fall. Laut Gesetz vom 27. März 1911 macht die Friedenspräsenzstärke für das Haushaltsjahr 1912/13 genau 530 000 Mann (Gemeine) aus. Die Einjährig-Freiwilligen, die Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten sind dabei nicht eingerechnet. Diese Ziffer gilt, und für die Gegenwart gilt nur diese Ziffer. Durch das am 14. Juni 1912 verabschiedete Wehrgesetz soll die Friedensstärke des deutschen Heeres erst für das

Gaushaltsjahr 1915 auf 544 211 Mann gebracht werden.

Diese Zukunftsschlüssel, das heißt das Menschenmaterial und seinen Unterhalt, einstellbar und unterhaltsbedürftig erst in zwei Jahren, hat der preussische Militarismus heute schon mit Pump und Stump aufgefressen. Und noch mehr. Der Kriegsminister läßt jenes Wehr von 14 000 Mann vom Jahre 1915 an schon Ende März 1913 rechnerisch eintreten, bedeckt es mit tiefem Stillschweigen und verlangt zum 1. Oktober 1913 eine vermehrte Aushebung von „ungefähr“ 63 000 weiteren Rekruten. Dieses „ungefähr“ heißt nämlich in Wahrheit „14 000 + 63 000 + X = 78 000 und mehr Rekruten“.

Der Keim einer allernennenswerten Militärvorlage.

Im Tag bespricht der Wehrvereins-Oberführungsleiter Generalmajor Keim die Heeresvorlage. Selbst vor seinen Augen findet das Werk Gnade, es ist „ein gutes Werk“. Aber Keim mühte nicht Keim sein, wenn ihm die Heeresvorlage der Regierungen gänzlich befriedigen sollte. Keim, der Generalmajor deutet schon genugsam an, daß noch manches fehlt und bald einmal nachgeholt werden soll. Eigentlich sei die Neuaufstellung von zwei bis drei Armeekorps notwendig, sagt Keim. „Bedauerlich bleibt, daß die Vorlage keine ständigen Kavalleriedivisionen bringt.“ Auch „noch einige Reformpunkte bleiben ungelöst“. „Jedenfalls würde es einen Fehler bedeuten, sozusagen auf den Lorbeer der neuen Vorlage ausruhen zu wollen, und man darf die Zukunft bedenken, daß noch bestehende Mängel ... nicht aus den Augen verloren werden.“

Da zeigen sich schon die Keimspitzen einer zukünftigen abermaligen Heeresvorlage. Der Rüstungswahn hat noch immer neue Möglichkeiten. ... Wie lange noch?

Norddeutsche ganz gemeine Kriegsheke.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung feiert Oberstleutnant Frick die Verdienste des 80 Jahre alt gewordenen Militärchriftleiters Oberleutnant a. D. Wagner durch Wiedergabe des folgenden von dem alten Herrn verfaßten „vaterländisch begeisterten Gedicht“:

Wach auf, mein Volk!

Wach auf, mein Volk! Wach auf aus deinem Schlafe!

Du bist zu hart der Himmel dich bestrafe!

Für deine Lässigkeit!

Wach auf! Gefahren drohn von allen Seiten,

Vernichtung deine Feinde dir bereiten.

Wach auf! Wach auf zum Streit!

Stür um das Schwert, das keine Wälder spüren,

Deff' scharfen Stahl der Feinde Rücken spüren,

Das segreich nur geruht!

Ergreife's getrost zu neuem Kampfe wieder,

Unüberwundlich wirf die Feinde nieder,

Zeig' deinen alten Mut!

Läß' Weiber jagen; Kammern mögen flammen;

Im heißen Jahn muß jeder Mann entbrennen

Ob unrer Feinde Flan.

Die wollen ruhelos Deutschlands Hochbau fördern,

Das alte Weid und heraufbeschwören,

Das unrer Wälder sah'n.

Sie streiften uns! Und wir, wir sollten jagen,

Statt mit der deutschen Faust herein zu schlagen,

Wenn's geht ums Vaterland!

Schmach über uns, wenn wir Demütigung litzen!

Kein! Friede muß der Feind von uns erbitten,

Wenn Deutschland sich ermannet!

Das Regierungsorgan, das erst vor kurzen den chauvinistischen Kreisläutern der Köln. Zig. mit anerkannter Entschiedenheit entgegentrat, macht sich hier selbst einer Kriegsheke schuldig, die an Völkerverachtung den berüchtigten Cäsarist-Artikel des rheinischen Blattes weit übersteigt. Um sich aber selber nicht auf die Gegenwart zu nehmen, als bezöge sich diese Keimerei nicht auf die Gegenwart, fügt der offizielle Verfasser noch mit plumper Anbringlichkeit hinzu:

Die neue Heeresvorlage beweist, wie zeitgemäß Wagners Mahnung war. Und sie wird ihm, dem bin ich überzeugt, mit die höchste Freude seines Jubeljahres sein.

Die bürgerliche Presse liegt jeden Tag, es gäbe keine chauvinistischen Hecker in Deutschland, die auch es nur in Frankreich. Was würde diese Presse wohl dazu sagen, wenn ein französisches Regierungsblatt die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit mit ähnlich klingenden „patriotischen“ Appell- und Klapperreden begründet mottle!

Die Luftflotte der Marineverwaltung.

Dem Nachrichtenblatt, der dem Reichsflagge (oben) zugegangen ist, ist eine Denkschrift über den Ausbau der Luftflotte und Flugwesens der Marine zugegangen. Die Marineverwaltung hat folgenden Plan aufgestellt: Es werden zunächst zwei Luftschiffstasien errichtet, jede Stasie soll aus vier im Dienst befindlichen Luftschiffen und aus einem Luftschiff (Material-Reserve) bestehen. Für jede Stasie ist ein gemeinsamer Standort geplant, für den folgende Posten in Aussicht genommen sind: Hier Doppeldeckerhallen für die im Dienst befindlichen Luftschiffe, feste Hallen für die Materialreserven, Wasserkraften, Unternehmungen für die Mannschaften und Nebenanlagen. Die durchschnittliche Lebensdauer der Luftschiffe wird zu vier Jahren angesetzt. Alle vier Jahre müssen demnach die sämtlichen Luftschiffe erneuert werden. Neben dieser Luftschiffstation werden nach besondere Stationen für Flugzeuge errichtet, und zwar eine Doppelstation und sechs Einzelstationen mit einem Umfang von insgesamt 16 Flug-